

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 3
73. Plenarsitzung, Mittwoch, 30. Januar 2019

Zur Regierungserklärung zum Thema
„Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung,
Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

30.01.2019

Anrede,

sehr geehrte Frau Staatsministerin Hubig,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Bundespräsident Frank Walter Steinmeier das erste Mal in seinem neuen Amt im Bundestag redete, erzählte er eine beeindruckende Geschichte. Von einer Begegnung mit dem früheren israelischen Präsidenten Shimon Peres. Beide hatten an einer Veranstaltung mit Studenten teilgenommen.

Eine junge Frau sprach anschließend Peres an und fragte, was denn seiner Meinung nach die Zukunft bringe. Diese sei, so Peres, „wie ein Kampf zweier Wölfe. Der eine ist das Böse, ist Gewalt, Furcht und Unterdrückung. Der andere ist das Gute, ist Frieden, Hoffnung und Gerechtigkeit.“ Die junge Frau wollte nun wissen, wer denn gewinne. Daraufhin lächelte Peres und sagte: „Der, den Du fütterst.“

Anrede,

diese Geschichte versinnbildlicht, worauf es in einer Demokratie ankommt: Mach' was aus der Freiheit, die Du hast. Jeder einzelne Bürger hat es selbst in der Hand, die Zukunft zu gestalten.

Demokratie steht und fällt mit diesem Engagement! Sie ist ein Haus, das nie ganz fertig wird. Sie verändert sich, sie kann an vielen Stellen unter Druck geraten. Wir erleben das im Moment – in einer Zeit der Umbrüche, in einer Kultur, die in immer mehr zerrissen, anstrengend, unruhig ist, in der Fakten an Wert verlieren, Extremismus, Hass und Hetze, Antisemitismus zunehmen, rechte, linke, fundamentalistische und antieuropäische Parolen Gehör finden.

Anrede,

mit ihrer Regierungserklärung spricht die Bildungsministerin ein Thema an, das wichtige Diskussionen in unserer Gesellschaft aufnimmt und ich begrüße, wenn wir heute „Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“ gemeinsam im Plenum diskutieren.

Viele Menschen suchen nach Orientierung. Hier kann Politik wichtige Weichen stellen. Eine davon ist eine gute und gelingende Bildungspolitik.

Wer weiß,

- wie man sich in einer Demokratie bewegen,
- sich einbringen kann,
- wer die Geschichte, die Traditionen, die Werte des Landes, unserer Heimat versteht,
- wer gesellschaftliches Handeln in einen europäischen Kontext stellen kann,

der wird es leichter haben, in einer Welt, die sich immer schneller dreht, Halt zu finden.

Deshalb ist es der CDU-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen, Bildungsprozesse ganzheitlich zu denken und die Gedenkkultur im Unterricht zu stärken – gerade weil wir aus unserer Geschichte lernen müssen, einer Geschichte, die niemals in Vergessenheit geraten darf.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass heute in Teilen unserer Gesellschaft der Antisemitismus – der Hass auf Juden und jüdisches Leben – wieder zunimmt. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht allein eine staatliche. Intoleranz und Judenfeindlichkeit begegnen uns in vielfältiger Form:

Innenpolitisch, wenn wir uns wieder parlamentarisch darüber auseinandersetzen müssen, welchen Stellenwert der Holocaust in der deutschen Geschichte hat. Ich erinnere hier nur an das sogenannte „Denkmal der Schande“ eines Herrn Höcke und die „Vogelschiss“-Aussage eines Herrn Gauland.

Zwischenstaatlich, wenn andere Länder ihre israelfeindliche Politik über Umwege auch bei uns etablieren wollen. Ich erinnere nur an das Beförderungsverbot von Israelis durch arabische Airlines.

Gesellschaftlich, wenn jüdische Bürger wieder Opfer von Gewalt auf der Straße werden, sich nicht trauen, die Kippa aufzusetzen, wenn jüdische Schüler gemobbt werden und sich neben dem alten Antisemitismus eine islamistische Judenfeindschaft breit macht.

Anrede,

niemand, schon gar nicht in Deutschland, sollte im öffentlichen Raum Gewalt fürchten müssen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass – wie in Frankreich geschehen – jüdische Mitbürger zu Tausenden das Land verlassen. Die CDU-Landtagsfraktion wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus. Wir sind zugleich dankbar, dass es nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Holocaust wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur in Rheinland-Pfalz gibt. Und wir begreifen den Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus als bürgerschaftliche Pflicht, als Aufgabe jedes Einzelnen.

Im Februar 2018 brachte meine Fraktion daher den Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ ein, der im Juni 2018 zu einem gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/ Grünen weiterentwickelt wurde.

Anrede,

wir haben eine sehr gute Diskussion und einen offenen Austausch über die Fraktionsgrenzen hinweg geführt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Es war wichtig, an dieser Stelle den grundlegenden, parlamentarischen Konsens sichtbar zu machen. Deshalb haben wir auch den Antrag der Regierungsfractionen im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Thema Gedenkkultur ausdrücklich unterstützt. Genauso begrüßen wir die daraus folgenden Ansätze, die sie heute vorgestellt haben.

Anrede,

Zitat:

„Der Weg zum Grundgesetz führte durch die Hölle der Konzentrationslager“
(Heribert Prantl, SZ, 26.01.19).

Wer sich der Vergangenheit erinnern und sie als Mahnung in die Zukunft tragen will, der muss vor allem eines tun: Das Geschichtsbewusstsein der jungen Generationen stärken.

Vergangenes Jahr wurde im Auftrag der Körber Stiftung eine Untersuchung durchgeführt, inwieweit Schüler überhaupt etwas mit Auschwitz verbinden. Nur rund 60 Prozent nahmen eine richtige Zuordnung vor. Eine Zahl, die erschreckt – wenn 4 von 10 Schülern mit Auschwitz nichts anfangen können, Tendenz steigend.

Wer Demokratie stärken will, der muss den Geschichtsunterricht, der muss den Sozialkundeunterricht stärken. Und zwar nicht nur pro forma. Sondern in ausreichender Zahl auf dem Stundenplan und mit genug Fachlehrern.

Anrede,

es ist wichtig, die Fächer Geschichte und Sozialkunde auch tatsächlich zu erteilen.

Viele werden es nicht wissen, aber in den Gesamtschulen und in vielen Realschulen plus gibt es bereits keine Sozialkunde und auch keine Geschichte mehr. Auf Betreiben der Landesregierung werden diese Fächer schrittweise unter dem Dach der Gesellschaftslehre zusammengeführt. Wenn es schlecht läuft, muss ein Erdkundelehrer historische und sozialkundliche Inhalte vermitteln.

Anrede,

die Verwischung von Unterrichtsfächern führt langfristig zu ihrer Auflösung und ist sicher kein Beitrag zur Ausbildung von Erinnerungskultur und auch keine sinnvolle Demokratiebildung. Geschichtsunterricht muss wieder als Fach erkennbar werden!

Motivierte Lehrer sind entscheidend für einen guten Unterricht und damit für den Lernerfolg der Schüler. Auf ihre Methodik, ihr Verhalten und ihre inhaltliche Kompetenz kommt es an. Je komplexer das Fach, desto wichtiger ist ein pädagogischer, methodischer und didaktischer Zugang, der eigens auf das Fach ausgerichtet ist. Dies können nur Fachlehrer leisten, die in ihrem Studium und ihrem Vorbereitungsdienst entsprechend ausgebildet wurden.

Anrede,

die CDU-Landtagsfraktion tritt deshalb entschieden dafür ein, nicht vom Fachlehrerprinzip abzurücken! Weder in der Lehrerbildung, noch im konkreten Schulalltag. Viel zu oft werden Gesellschaftslehre, Geschichte und Sozialkunde in Rheinland-Pfalz fachfremd unterrichtet.

Manchmal ist Oppositionsarbeit wirklich das Bohren dicker Bretter. 2010 haben wir den Antrag „Sozialkundeunterricht stärken – politisches Interesse fördern“ (Drs. 15/ 4938) in den Landtag eingebracht. Darin fordern wir ausdrücklich eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts im Hinblick auf die Jahrgangsstufen als auch im Stundenumfang.

Zuletzt haben wir diese Forderung vergangenes Jahr mit unserem Antrag „Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und ökonomische Bildung endlich stärken“ (Drs. 17/ 7043) bekräftigt.

Ich kann nur sagen:

Endlich, nach vielen Jahren, haben auch Sie eingesehen, wie wichtig unsere Impulse sind.

Sehr geehrte Ministerin Hubig,

Sie setzen die Demokratieerziehung nicht erst in der Schule, sondern bereits in den Kindertagesstätten an, dort, wo ohnehin viel zu schultern ist. Die Diskussionsveranstaltungen der vergangenen Monate zu ihrer geplanten Kita-Novelle führen das lebhaft vor Augen. In diese Situation hinein wollen sie einen weiteren Schwerpunkt legen: Demokratiebildung.

Doch für die rund 2500 Kindertagesstätten haben Sie für diesen Schwerpunkt gerade mal 65 000 Euro veranschlagt. („Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung in Kindertagesstätten“, Einzelplan 09, S. 44).

Wissen Sie, was 65.000 Euro umgerechnet auf die 2.500 Kitas und 160.000 Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz bedeuten? Das sind 40 Cent pro Kind im Jahr.

Anrede,

wieder ein Pilotprojekt, das gut klingt – aber in der Praxis wenig bewirken wird und von den vielen Kernproblemen der Kindertagesstätten ablenkt!

Anrede,

aus einer Studie des Potsdamer Instituts für Qualität im Bildungswesen (IQB) geht hervor, dass Schüler in Rheinland-Pfalz in den Bereichen Zuhören, Rechtschreibung und Lesekompetenz Defizite aufweisen und im Bundesdurchschnitt schlecht abschneiden.

Jedes fünfte Kind verlässt die Grundschule ohne ausreichende Lese- und Schreibkenntnisse, was bedeutet: Es versteht nicht, welche Inhalte Sätze, Texte haben. Damit – und das ist mein eindringlicher Appell – dürfen Sie sich, Ministerin Hubig, darf sich die Landesregierung nicht zufrieden geben!

„Wer nichts weiß, muss alles glauben“, so Marie von Ebner-Eschenbach. Wer nicht Lesen und Verstehen kann, der kann sich nur sehr schwer eine begründete Meinung bilden, Argumente hören, sich auch mal Zeit für einen zweiten und dritten Gedanken nehmen.

Anrede,

Bildung ist der Schlüssel für das Heranwachsen kritischer, mündiger Bürger. Deshalb ist eine solide Bildungspolitik, von der ersten Grundschulklasse an, das Fundament für unsere demokratische Gesellschaft. Doch genau hier versagt die Landesregierung.

„Herrscht an Grundschulen im Land der Notstand?“ titelte heute Morgen die Rheinzeitung. Unterbesetzte Sekretariate, fehlender Unterricht, zu wenig und zu überforderte Lehrer, zusammengelegte Gruppen – Realität in vielen Klassenzimmern. Derweil Sie, Frau Ministerin Hubig, Zahlen schön rechnen.

„Die 100-prozentige Unterrichtsversorgung ist nur ein Luftschloss der Ministerin“, so der Verband Bildung und Erziehung. Ein für Kinder wie Eltern aber auch für unsere Gesellschaft unhaltbarer Zustand. Wenn es genau dort schief läuft, wo es um die Grundlagen geht!

Europäische Bildung

Anrede,

Europa ist unsere Zukunft und unsere Friedensgarantie. Der Blick zurück zeigt, dass es die europäische Einigung vermocht hat, aus Feindschaft diesseits und jenseits des Rheins eine deutsch-französische Freundschaft wachsen zu lassen.

Auf der anderen Seite ermöglicht Europa Freiheiten:

- Meinungsfreiheit, Pressefreiheit,
- Freizügigkeit für Personen, Waren, Kapital
- sich in benachbarten Ländern problemlos niederzulassen,
- Arbeit auch in Luxemburg, Frankreich, Belgien oder den Niederlanden anzunehmen. Ein Vorteil, den viele Tausende jeden Tag nutzen!

Anrede,

die Vorteile des gemeinsamen Europa müssen für die Bürger sichtbar werden. Hier sollte Schule ansetzen. Es geht nicht nur darum, das europäische Miteinander zu lernen. Es geht darum, dass Kinder, Jugendliche dieses Miteinander spüren und erleben dürfen. Deshalb ist es so wichtig, Gelegenheiten der europäischen Begegnung zu schaffen und damit die Voraussetzung für eine Verständigung im wahrsten Sinne des Wortes.

Anrede,

da ist es kein gutes Zeichen, dass sowohl in Deutschland als auch in Frankreich die Sprachfähigkeit in der Sprache des Nachbarn tendenziell sinkt. Da ist es kein gutes Signal, wenn die FDP-Fraktion im Land Spanisch als zweite Fremdsprache stärken will, was automatisch nur auf Kosten des Französischen gehen kann.

Und ich frage:

Ist es nicht an der Zeit, die Schulen wieder stärker zu motivieren, den europäischen Austausch zu fördern – damit noch mehr junge Menschen Begegnungen mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern erleben?

Seit 1993 hat sich hier in Rheinland-Pfalz kaum etwas bewegt. Die Zeiten haben sich zwar erheblich verändert, aber die Verwaltungsvorschrift und die Bezuschussung des Schüleraustausches sind 25 Jahre alt, stammen also noch aus dem letzten Jahrhundert.

Wie ambitionslos die Landesregierung in den vergangenen Jahren unterwegs war, zeigt ein Blick in den Haushalt:

2009 waren für den Schüleraustausch 250 000 Euro veranschlagt.

2019, also 10 Jahre später – mit allen damit verbundenen Kostensteigerungen für die Kosten eines Schüleraustausches – sind für denselben Posten nur noch 156 800 Euro eingeplant – trotz Rekordsteuereinnahmen. Eine Kürzung von fast 40 Prozent! Frau Ministerin Hubig, wie erklären Sie diese Zahlen?

Noch etwas ist nicht transparent. Sie verkünden heute endlich, dass Sie die Mittel für Schüleraustausche erhöhen wollen – was wir ausdrücklich begrüßen. Aber warum nennen Sie uns in Ihrer Regierungserklärung keine konkreten Zahlen? Das druckfrische Haushaltsgesetz, das erst vor wenigen Wochen verabschiedet wurde, sieht lediglich eine Fortschreibung der Mittel vor.

Anrede,

der Antrag der CDU-Fraktion „Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen“ (Drs. 17/5149) steckt seit fast einem geschlagenen Jahr im Ausschuss fest.

In dem Antrag setzen wir uns dafür ein, die europäische Freundschaft gerade junger Menschen zu unterstützen. Wir fordern „den Aufbau einer grenzüberschreitenden Schule für Rheinland-Pfalz nach dem Vorbild des Schengen-Lyzeums in Perl gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn voranzutreiben.

Baden-Württemberg und das Saarland haben es vorgemacht. Sie haben bereits binationale Schulen in ihren Grenzregionen eingerichtet. Ein starkes Zeichen für Europa, wenn Schüler von beiden Seiten der Grenze gemeinsam in einer Schule lernen. Rheinland-Pfalz ist das bisher nicht gelungen.

Frau Ministerin, erklären Sie doch heute, ob Sie ein solches Projekt einer grenzüberschreitenden Schule angehen wollen! Bisher bleiben Sie bei diesem Thema erstaunlich leise.

Wenn Ihnen die Stärkung der europäischen Verbundenheit für unsere Schüler wirklich wichtig ist, Werte Mitglieder der Landesregierung, dann stimmen Sie unserem Antrag zur Stärkung der europäischen Bildung zu!

Anrede,

Frau Ministerin Hubig, gerade haben Sie gesagt:

„Wir müssen verdeutlichen und erfahrbar machen, welchen Wert unsere Demokratie darstellt und was für eine Errungenschaft sie ist.“

Deshalb sind Personen, die demokratische Grundsätze in Frage stellen, nicht preiswürdig.

Anrede,

ich glaube leidenschaftlich an die Zukunft der europäischen Idee, aber sie manifestiert sich nicht im Abgesang auf die Nationen. Die europäische Integration, die EU als Staatenverbund, ist ein großer Segen für uns, ein Gewinn, den wir nicht genug hochhalten und wertschätzen können. Wir dürfen diese Errungenschaften gerade in Zeiten, in denen Europa, unser Miteinander, an vielen Stellen und von vielen Seiten unter Druck gerät, nicht gefährden.

Europa – dieses kurze Wort ist eine große Antwort auf vielfältige Fragen der Zukunft. Kein europäischer Nationalstaat kann für sich

- die großen Schwierigkeiten der Gegenwart und Zukunft alleine lösen,
- die wirtschaftlichen Herausforderungen durch China, Russland, Indien, die USA bestehen.
- Und kein Land alleine die enormen ökologischen Probleme, den Klimawandel, bewältigen.

All das schaffen wir nur gemeinsam. Dort, wo Nationalstaaten wirkungsvoller und bürgernäher agieren können, muss sich Europa zurücknehmen, um dort umso kraftvoller auftreten zu können, wo nur der Kontinent als Ganzes zu einer vernünftigen Lösung in der Lage ist.

Europa braucht neues Selbstbewusstsein. Lassen Sie uns Leidenschaft aufbringen für unsere Überzeugungen und Grundsätze! Die Gewissheit, Teil eines Ganzen, eines Miteinanders zu sein. Das ist es, was wir jungen Menschen in einer Gesellschaft, die sich fragmentiert und individualisiert, von Anfang an mitgeben müssen. Teil einer Nation zu sein, Teil Europas, mit gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Zielen, gemeinsamen Werten.

Anrede,

der Holocaust bleibt unsere moralische Verpflichtung. Europa unsere Zukunft. Die Demokratie der Rahmen unseres Zusammenlebens.